
Sozialdemokratische Fraktion im Rat der Stadt

Meerbusch

An den
Bürgermeister der Stadt Meerbusch

Herrn Dieter Spindler
Postfach 1664

40641 Meerbusch

**Bommershöfer Weg 5
40670 Meerbusch**

Telefon: 02159 / 91 12 69

Telefax: 02159 / 91 13 69

e-mail: SPD-Meerbusch@t-GMX.de

internet: www.spd-meerbusch.de

22. November 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister

namens und im Auftrag der SPD-Fraktion möchten wir Sie bitten, folgende Anträge in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu behandeln.

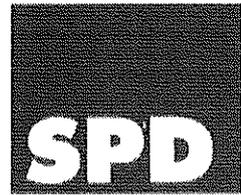
Für Ihre Bemühungen bedanken wir uns in Voraus.

Ilse Niederdellmann

**Ilse Niederdellmann
Fraktionsvorsitzende**

J. Eimer

**Jürgen Eimer
stellv. Vorsitzender**



Meerbusch

Produktbereich 10 – Serviceleistung Baubetriebshof

Die Verwaltung wird beauftragt, folgenden Sachverhalt zu klären, um den Haushaltsabsatz von 2011 zu senken:

- 1.) Es sollen alle vorhandenen Fahrzeuge (Anschaffungsjahr und Fahrleistung (km) aufgelistet werden.
- 2.) Welche Fahrzeuge werden für welchen Zweck benötigt?
- 3.) Welche neu anzuschaffenden Fahrzeuge können geleast werden?
- 4.) Nach welchen Kriterien wird die Wiederbeschaffung zur Zeit festgelegt und nach welchen Kriterien könnte diese verlängert werden?

Stellenplan:

Der Ausschuss möge beschließen:

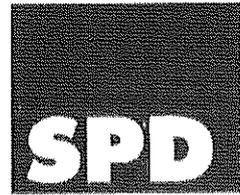
Für die Weiterentwicklung des Stadtentwicklungskonzeptes wird eine ½ Stelle neu im Stellenplan 2011 eingerichtet.

Für den Bereich Denkmalpflege zur Unterstützung des Verfahrens Haus Meer wird eine ½ Stelle (bisher ¼ Stelle beschlossen) im Stellenplan für 2011 eingerichtet

Für die Koordination der Bereiche Integrationsrat, Behindertenbeauftragten und Seniorenbeauftragten (bzw. später Seniorenbeirat) wird eine Stelle im Stellenplan für 2011 eingerichtet.

Begründung:

Mündlich



Sozialdemokratische Fraktion im Rat der Stadt

Meerbusch

Grundsteuer A:

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Grundsteuer A wird von zurzeit 230 v.H. auf 250 v.H. angehoben.

Begründung:

Die Anhebung der Grundsteuer B unterstützen wir, fordern allerdings nun endlich auch die Grundsteuer A anzupassen. Auch wenn es keine große Einnahme ist, so sehen wir aber eine Gleichbehandlung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

FRAKTIONEN IM RAT DER STADT MEERBUSCH

Anträge zu den Haushaltsberatungen 2011

Meerbusch, 23. November 2011
Werner Damblon / Jürgen Peters

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren Ausschussvorsitzenden, sehr geehrte Kolleginnen der anderen Ratsfraktionen und Einzelvertreter im Stadtrat,

in der nachfolgenden Liste finden Sie die Änderungsanträge unserer Fraktionen zu den bevorstehenden Haushaltsberatungen mit der Bitte um Berücksichtigung.

Haushaltsberatungen 2011

sortiert nach Seiten - Produkten

Liste - 23.11.2010

Seite	Ausschuss	Produktbereich	Produkt	Produkt / Produktgruppe	Thema / Anmerkungen Antrag / Begründung	Vorgehen / Ergebnis gemessen zum Ansatz
35	HAFa	Innere Verwaltung	010.010.010	Integrationsrat Geschäftsaufwand	Ansatz von 2.500 auf 4.000 Erhöhung des Ansatzes wird befürwortet.	ja
36	HAFa	Innere Verwaltung	010.010.010	Fraktionszuwendungen	Antrag: der Ansatz wird um 10 % von 77.000 auf 69.300 €. reduziert Gründe: Eine Reduzierung um 20%, wie von der Verwaltung vorgesehen, wird erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit verschiedener Fraktionen haben.	Belastung 7.700 €

55	HAFa	Innere Verwaltung	010.040.010	Zentrale Leistungen	Bürobedarf - Geschäftsaufwendungen – Porto Antrag: Es soll eine Umstellung von Post auf EDV, (für jedes Rats- und Ausschussmitglied optional) erfolgen. Es ist zeitnah eine Umsetzung vorzusehen. Gründe: Hierdurch lassen sich Ausgaben und Papierverbrauch umfassend reduzieren. Unterhaltung Grünpflege 500.000 Weitere Kürzungen, obwohl wünschenswert, lassen sich derzeit aufgrund von Vertragsbindungen anscheinend nicht realisieren. Antrag, allerding noch nicht haushaltsrelevant in 2010: Die Verwaltung wird beauftragt, ein Grünkonzept zu erarbeiten, das neben den Kostenaspekten eine ökologische Bewertung, Entwicklung und Vernetzung der städtischen Grünbereiche vorsieht. Hieran sind die Naturschutzverbände zu beteiligen. Anschaffungen von Fahrzeugen Gesamtkosten 1.184.000 € - 381 T€ = 803T€	Deutliche Kostenreduzierung, die jedoch aktuell nicht beziffert werden kann
65	HAFa	Innere Verwaltung	010.050.010	Baubetriebshof	Antrag, allerding noch nicht haushaltsrelevant in 2010: Die Verwaltung wird beauftragt, ein Grünkonzept zu erarbeiten, das neben den Kostenaspekten eine ökologische Bewertung, Entwicklung und Vernetzung der städtischen Grünbereiche vorsieht. Hieran sind die Naturschutzverbände zu beteiligen. Anschaffungen von Fahrzeugen Gesamtkosten 1.184.000 € - 381 T€ = 803T€	Mögliche Kostenreduzierung, die jedoch aktuell nicht beziffert werden kann
67 ff	HAFa	Innere Verwaltung	010.050.010	Baubetriebshof	Antrag: Neben den bereits vorgesehenen Verschiebungen der Steiger, wird der Ansatz um weitere 80T€ (entspricht 10%) gekürzt. Bei Neuanschaffungen ist die Anforderung deutlicher CO2-Minderung / Kostenreduzierung zu berücksichtigen. Planung 5.371.570 € - VE 960.000 €	Kostenreduzierung investiv 80.000 €
113	HAFa	Innere Verwaltung	010.120.010	Neubau – Unterhaltung Technisches Gebäudemanagement	Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, Konzepte für günstigeres Bauen, z.B. mit Niedrigenergie-Systemhauskonzepten, zu prüfen. Dabei sind auch die aktuellen Standards zu hinterfragen. Beispiel: Fertigbau – WeberHaus, SmartHouse Gründe: Im Bereich der Kitas, Sportstätten, evtl. Schulen lassen sich insbesondere im Hinblick auf temporären Bedarf dieser kostengünstiger abdecken und die Gebäude später möglicher weise umwidmen.	Kostenreduzierung, die jedoch aktuell nicht beziffert werden kann

113	HAFA	Innere Verwaltung	010.120.010	Neubau – Unterhaltung Technisches Gebäudemanagement	Allgemeine Planungskosten – Schulstruktur Antrag: Für eine bedarfsgerechte Gestaltung der Schulstruktur wird der Ansatz allgemeine Planungskosten erhöht. <u>Mit Sperrvermerk</u> Gründe: Die demographischen Entwicklungen und Änderungen der Schullandschaft in NRW sind in den weiteren Planungen zu berücksichtigen und das Flächenmanagement im Schulbereich zu optimieren. Im nächsten Jahr soll diese Thematik konzeptionell erarbeitet werden. Für 2012 erwarten wir eine anteilige bauliche Umsetzung, die wir vorsorglich mit einem Planungsauftrag für 2011 als Einstieg beziffert haben wollen.	Belastung 15.000 €
114	HAFA	Innere Verwaltung	010.120.010	Neubau – Unterhaltung Technisches Gebäudemanagement	Sportplatz – Strümp Sportlerumkleide U 10102026 Neubau Hier sehen wir noch Einsparpotentiale (z.B. Klärung Ausbauvarianten, externe Beteiligung) Benutzungsgebühren – Entgelte	Kostenreduzierung, die jedoch aktuell nicht beziffert werden kann
127	HAFA	Innere Verwaltung	010.130.010	Immobilien-service Infrastrukturelles und kaufmännisches Gebäudemanagement	Antrag: Die Überlassung städtischer Gebäude (gilt nicht für Sporthallen) wird mit einer stadtweiten Satzung und angemessenen Kostenbeteiligung, die auf keinen Fall höher als die Selbstkosten sein sollen, geregelt. Zuschüsse an die freiwillige Feuerwehr	Erwartete Einnahme 15.000 €
170	HAFA	Sicherheit und Ordnung	020.030.010	Feuerschutz	Antrag: Der Ansatz von 20.000,- € wird um 20% gekürzt	Ausgabenreduzier- ung 4.000 €
182	Schule	Schulträgeraufgaben	030.010.010	Schulverwaltungs- angelegenheiten	Grund: Haushaltskonsolidierung Ansatz Bildungskonferenz 3.000 € Konzept Schulstruktur	ja
184	Schule	Schulträgeraufgaben	030.010.010	Schulverwaltungs- angelegenheiten	Lehr- und Lernmittel Antrag: Die vorgesehene Kürzung bei Bildung entfällt. Hieraus ergibt sich eine Erhöhung auf den alter Ansatz Grundschulen Weiterführende Schulen	Belastung 9.130 € 23.640 €

257	Schule	Schulträgeraufgaben	030.010.010	Schulverwaltungs- angelegenheiten	Schulmöbel – Lehrerzimmer Meerbusch-Gymnasium Antrag: Die vorgesehene Kürzung entfällt. Interkommunaler Austausch	Belastung 16.000 €
273 / 276	Kultur	Kultur und Wissenschaft	040.010.010	Kulturveranstaltungen	Antrag: Die Zuschüsse an Schulen werden nicht gekürzt. Der ursprüngliche Ansatz (2010 – 4.000 €) wird beibehalten Entgelte	Belastung 800 €
287	Kultur	Kultur und Wissenschaft	040.020.010	VHS	Antrag: Die Entgelte für die Nutzung der VHS-Angebote werden um 5 % (greift nur anteilig für 2011) erhöht. Entspricht seit der letzten Anpassung 1 % pro Jahr	Erwartete Einnahmeverbesserung 12.000 €
297	Kultur	Kultur und Wissenschaft	040.050.010	Musikschule	Entgelte Bereits im HH 2011 vorgesehen Die Entgelte für die Nutzung der Musikschule werden um 4 % durchschnittlich = 23.000 € erhöht, entspricht 1 % pro Jahr	ja
297	Kultur	Kultur und Wissenschaft	040.050.010	Bibliothek	Gebührensatzung Antrag: Die Gebühren für die städtische Bibliothek werden erhöht.	Erwartete Einnahmeverbesserung 7.000 €
315	Sozial	Soziale Leistungen	050.010.010	Soziale Hilfen	Zuschüsse Wohlfahrtsverbände 5318000 – Ansatz reduziert von 265 T auf 243 T € Kürzung 10% Antrag: Keine lineare Kürzung. Alle bisher von den Verbänden angeforderten Mittel bleiben im Ansatz. Keine Einrichtung hat mit Kürzung zu rechnen. D.h. die im Haushalt dargestellte Reduzierung besteht nur aus den Überschüssen. Nach Auskunft der Verwaltung reicht der vorgesehene Ansatz somit aus. Seniorenbeauftragter	Keine Änderung
315	Sozial	Soziale Leistungen	050.010.010	Soziale Hilfen	Antrag: Da beschlossen ist, dass ab der nächsten Amtszeit ein Seniorenbeirat gebildet wird, muss der Ansatz wegen höheren Mittelbedarfs angepasst werden.	Belastung 2.500 €

347 / 352	JHA	Kinder, Jugend, Familienhilfe	060.010.010	Ergänzende und ersetzende Hilfen	<p>Stadttranderholung</p> <p>Antrag: Auf die Erhöhung der ermäßigten Beiträge wird verzichtet.</p> <p>Zuschuss offene Kinder- und Jugendarbeit-Ansatz minus 10% - nun 360.000 €.</p> <p>Antrag: Auf eine pauschale Kürzung bei verbandlicher Jugendarbeit wird verzichtet. Es ist deshalb von den zunächst notwendigen Mitteln, unter Beibehaltung des 83%igen Zuschusses der Gehaltskosten für die MitarbeiterInnen und der Einrichtung eines Jugendcafés, auszugehen. Dies entspricht nach Berechnungen der Verwaltung aktuell 381.000 €. Der vorgesehene Ansatz wird deshalb entsprechend erhöht.</p> <p>Gründe: Die Verbandsarbeit und Jugendförderung soll stärker projektorientiert mit aufsuchender Sozialarbeit entwickelt werden. Die Verwaltung hat Konzepte zur Umstrukturierung der Jugendarbeit entwickelt, denen wir vom Grundsatz folgen wollen. Hieraus werden sich Veränderungen mit Auswirkungen auf die Angebotsstruktur ergeben. Diese sollen zeitnah beraten und beschlossen werden. Zudem belegt der GPA-Bericht eine optimierte Kostenstruktur mit guten Ergebnissen.</p> <p>Deutsch-Israelischer Jugendaustausch –</p> <p>Antrag: Ansatz streichen</p> <p>Gründe: Die Mittel werden seit einiger Zeit nicht mehr abgerufen. Zudem besteht eine Vielzahl verschiedener besserer Förderangebote.</p>	Belastung 240 €
348	JHA	Kinder, Jugend, Familienhilfe	060.020.010	Kinder und Jugendsozialarbeit		Belastung 21.000 €
348 / 353	JHA	Kinder, Jugend, Familienhilfe	060.020.010	Kinder und Jugendsozialarbeit		Einsparung 2.700 €

381	Sport	Sportförderung	080.020.010	Hallenbad	<p>Eintrittspreise</p> <p>Antrag: Die Eintrittspreise werden um durchschnittlich 0,50 € je zahlendem Nutzer erhöht.</p> <p>Gründe: Pro zahlendem Besucher ergibt sich bei 71.000 BesucherInnen ein städtischer Zuschussbedarf von je 4,29€ (+ 36T-Schüler).</p> <p>Das alte Bad bleibt eine enorme Kostenbelastung. Alle Überlegungen, dies zu ändern, liefen bisher ins Leere. Hieraus ergibt sich eine städtische Gesamtbelastung von 800.588 € / jährlich.</p>	<p>Erwartete Einnahmeverbesserung</p> <p>35.500 €</p>
421	HaFa	Bauen Wohnen	100.010.010	Bauaufsicht Denkmalpflege	<p>Zuschuss für private Denkmalpflege Haus Meer</p> <p>Antrag / Klärung</p> <p>1. Der Ansatz für Haus Meer für den Förderverein soll den früheren Förderhöhen entsprechen.</p> <p>2. Wir halten zudem eine eigenständige Haushaltsstelle, auch im Hinblick auf die zu erarbeitenden Ziele, für notwendig.</p>	<p>klären</p> <p>Evtl. Belastung</p>
471	Bau Umwelt	Verkehrsflächen	120.010.010	Straßen, Wege, Plätze	<p>Antrag:</p> <p>Es soll zeitnah eine Überarbeitung der Standards im Straßenbau vorgenommen werden, verbunden mit dem Ziel, Kosten zu reduzieren. Ebenso sollen Projekte auf ihre zwingende Umsetzung in 2011 überprüft werden. Ob sich hieraus bereits für 2011 Einsparungen ergeben, kann derzeit nicht sichergestellt werden.</p>	<p>Mögliche Kostenreduzierung, die jedoch aktuell nicht beziffert werden kann</p>
499	Bau Umwelt	Verkehrsflächen	120.010.030	Straßenbeleuchtung	<p>Umrüstung Straßenbeleuchtung</p> <p>Ausgaben 1.696.772 + 683.230 € VE</p> <p>Antrag:</p> <p>Die Umrüstung und Erneuerung der Straßenbeleuchtung wird gestreckt. Kürzung des Ansatzes um 10 %.</p>	<p>Einsparung</p> <p>230.000 €</p>

537	Bau Umwelt	Natur und Landschafts- pflege	130.020.010	Friedhofs-Bestattungswesen	Erreichbarkeit Friedhof Büderich Antrag: Zur Sicherstellung ausreichender Mobilität und einer bedarfsorientierten Angebotsentwicklung sollten Mittel im städtischen Haushalt vorgesehen werden. Eine sinnvolle Konkretisierung soll durch einen Arbeitskreis (ohne Verwaltung) ermittelt werden. Mögliche Ausgaben sollten, soweit leistbar und niedrig, aus den bestehenden Ansätzen genutzt werden, ergänzt um Sponsoring. Mitgliedschaft: Klima-Bündnis auf 0 gesetzt – weil? Hinweis: Der Vorbehalt, dass ein Klimaschutzkonzept nur bei Förderung durch Bundesmittel umgesetzt wird, ist zu streichen! Gründe: Dies entspricht weder den durch CDU und Grüne noch den durch die FDP veranlassten Ausschussbeschlüssen. Hieraus ergibt sich möglicherweise der Verzicht auf die entsprechende Einnahme	Ausgaben, die aktuell nicht näher beziffert werden können
547	Bau Umwelt	Umweltschutz	140.010.010	Umweltschutz	klären -500 € mögliche Belastung 45.500 €	

547	Bau Umwelt	Umweltschutz	140.010.010	Umweltschutz	<p>Klimabeauftragte/n / und EnergiemanagerIn</p> <p>Antrag: Zur möglichen Umsetzung und Weiterentwicklung von Klimaschutzkonzepten werden vorsorglich anteilig Mittel (für externe Beratung / personelle Unterstützung) in den Haushalt gestellt. <u>Zunächst mit Sperrvermerk</u></p> <p>Gründe: Ohne konkrete Steuerung sind keine nachhaltigen CO2-Reduzierungen zu erwarten. Die von allen Fraktionen beschlossenen Grundlagen zur Erarbeitung und Umsetzung von Klimakonzepten sind nach unserer Auffassung nicht im laufenden Verwaltungsbetrieb zu bewältigen. Es sind somit Mittel, in Erwartung späterer Umsetzungsschritte, vorzusehen. Deren Umsetzung wird in Anhängigkeit der Erkenntnisse aus dem Klimakonzept stehen.</p> <p>Ziele sollten u. a. sein,</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erfassung und Analyse der derzeitigen CO2 Belastungen • ein optimiertes Energie-Management • Konkretisierung und Umsetzungsvorschläge zur Erreichung der Klimaziele. <p>Hierbei gehen wir mindestens von den durch die Bundesregierung vorgegebenen Zielen aus, bis 2010 minus 25%, bis 2050 80% CO2-Minderung.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung von Vorschlägen in der Bauleitplanung • Vorschläge Verkehrskonzepte • Beratung von HausbesitzerInnen und Gewerbetreibenden (gegen Gebühr) • Vorschläge zum Flächenmanagement. <p>Die Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben gibt es nicht zum Nulltarif. Andererseits werden durch zu erwartende Energieeinsparungen und beim Flächenmanagement Kosten erheblich reduziert.</p>	Belastungen 25.000 €
-----	---------------	--------------	-------------	--------------	--	-----------------------------

Ratsfraktion der Unabhängigen Wählergemeinschaft „Mehr Meerbusch“
40667 Meerbusch, Düsseldorfer Straße 81a, Telefon: 02132-5159617, uwg-ratsfraktion-meerbusch@arcor.de



Bürgermeister
Dieter Spindler
Rathaus
Dorfstraße 20
40667 Meerbusch-Büderich

per Mail: dieter.spindler@meerbusch.de

Meerbusch, 24.11.2010

**Anträge zur Sitzung Haupt; Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
am 09. Dezember 2010**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Spindler,

im Namen der UWG-Ratsfraktion Meerbusch möchte ich Sie bitten, folgende Anträge zur Haushaltsberatung 2011 in der nächsten Sitzung vom Haupt; Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss der Stadt Meerbusch auf die Tagesordnung zu nehmen:

1.) Antrag Erhöhung Gewerbesteuerhebesatz

Der Ausschuss möge beschließen, die Gewerbesteuer um 10 Punkte anzuheben (von 440 v.H. auf 450 v.H.)

Begründung:

Die Grundsteuer B belastet die privaten Vermögen, aber mit der Besonderheit, dass sie vom Grundbesitzer über die Nebenkosten auf die Mieter abgewälzt wird. Das ist eine spürbare Erhöhung der Wohnungsnebenkosten. Mit der Gewerbesteuer würden wirklich „alle“, auch die Wirtschaft, an der Sicherung des Stadthaushaltes und der Sanierung öffentlicher Einrichtungen beteiligt.

Damit werden keine Arbeitsplätze gefährdet, denn Gewerbesteuer zahlen nur die Firmen, die Gewinn machen. Firmen, die keinen Gewinn machen, zahlen nicht und können auf spätere Jahre einen steuerbefreienden Verlustvortrag machen. Alle Firmen brauchen und nutzen aber die städtische Infrastruktur – die Beteiligung der Wirtschaft ist daher nur gerecht. Dazu kommt, dass die Grundsteuer von Firmen als Betriebskosten vom Gewinn abgesetzt werden kann, was dann die Ertragsteuern mindert.

Bei anderen Kommunen im Rhein-Kreis Neuss lag der Gewerbesteuerhebesatz bereits 2009 in vergleichbarer Höhe, so berechnet Kaarst 444 %, Neuss 445 %, Grevenbroich 450 %. Mönchengladbach und Viersen berechnen 450 %.

2.) Antrag auf Einrichtung eines Arbeitskreises mit dem Titel: „Interkommunale Zusammenarbeit“

Begründung:

Die Kooperation von zwei oder mehreren Kommunen zur gemeinsamen Erbringung von öffentlichen Leistungen ist ein seit langem etabliertes und erfolgreiches Organisationsmodell.

Gerade in Zeiten, in denen Städte, Gemeinden und Kreise zunehmend unter Druck stehen, Kosten zu senken und gleichzeitig ihre Leistungen qualitativ oder quantitativ möglichst zu erhalten oder gar zu steigern, stellt interkommunale Zusammenarbeit eine wichtige kommunale Handlungsoption zur Verwaltungsmodernisierung dar.

Die Effekte der Interkommunalen Zusammenarbeit lassen sich durch verschiedene Maßnahmen erreichen. So können Kostenvorteile oder Qualitätsverbesserungen u. a. durch eine Koordination der Aufgabenerfüllung, der Leistungserbringung eines Partners für den anderen, der Zusammenlegung von Organisationseinheiten, der Gründung eines besonderen Trägers oder auch der gemeinsamen Nutzung von Infrastruktur, erzielt werden.

Unterstützt wird die interkommunale Zusammenarbeit über die informationstechnische Entwicklung. Insbesondere E-Government und die informationstechnische Vernetzung fördern und erleichtern die Kooperation zwischen Kommunen. Sie funktioniert allerdings nicht auf Knopfdruck, sondern erfordert bestimmte Rahmenbedingungen sowie eine angemessene Herangehensweise (u.a. Projektmanagement), um erfolgreich zu sein.

Im Bereich der Personalämter, Inkasso, Rechnungsprüfung, Kassengeschäfte, Volkshochschule, Musikschule usw. können entsprechende Kosteneinsparungen durch eine entsprechende Zusammenlegung im Rhein-Kreis Neuss oder darüber hinaus sicherlich mittelfristig im nicht unerheblichen Maß erzielt werden.

3.) Antrag für die Umgestaltung des innerörtlichen Bereichs**„Dr.-Franz-Schütz-Platz“****Im Jahr 2011 soll eine Planungsrate in Höhe von 10.000,00 € in den Haushalt eingestellt werden.****Begründung:**

Mit der Planungsrate soll ein Vorentwurf für ein neues Büro- und Geschäftsgebäude und der Gestaltung des Dr.-Franz-Schütz-Platzes geschaffen werden.

Die Stadt Meerbusch ist hoch verschuldet und kann auf absehbare Zeit die Schulden nicht tilgen. Deswegen ist es angebracht das hier genannte städtische Grundstück zu veräußern und einer angemessenen innerstädtischen Lösung zuzuführen.

Die UWG Ratsfraktion weist ausdrücklich darauf hin, dass bei der Vermarktung und Umsetzung der Maßnahme insbesondere die betroffenen Markthändler, Einzelhändler, Schützenvereine etc. von der Stadtverwaltung frühzeitig informiert und in entsprechende Gespräche eingebunden werden sollen.

4.) Antrag für die Umgestaltung des innerörtlichen Bereichs**„Hallenbad Büberich“****Im Jahr 2011 soll eine Planungsrate in Höhe von 10.000,00 € in den Haushalt eingestellt werden.****Begründung:**

Das hier genannte Hallenbad ist altersbedingt aufgrund von anstehenden Sanierungen als sehr kostenintensiv anzusehen.

Mit der Planungsrate soll ein Vorentwurf für einen Schwimmbad-Neubau geschaffen werden. Insbesondere soll dabei eine Partnerschaft mit entsprechenden Investoren favorisiert werden. Sicherlich könnten dafür entsprechende Gewerbeflächen zum Beispiel im Bereich Mollsfeld 3 in Frage kommen.

Das bisherige Grundstück sollte überplant und einer neuen Bestimmung zugeführt werden.

Die UWG Ratsfraktion weist ausdrücklich darauf hin, dass bei der Vermarktung und Umsetzung der Maßnahme insbesondere die betroffenen Schulen, Schwimmvereine und Sportler von der Stadtverwaltung frühzeitig informiert und in entsprechende Gespräche eingebunden werden sollen.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Staudinger-Napp
Fraktionsvorsitzender